

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **43 (1963-1964)**

Heft 11

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

PAPST PAULS VI. PILGERREISE INS HEILIGE LAND

Als Papst Paul VI. zu Ende der zweiten Session des Konzils am 4. Dezember 1963 ankündigte, er werde nächstens eine Pilgerreise nach dem Heiligen Land unternehmen, wurde dies mit Recht als Überraschung, ja als Sensation empfunden. Seit bald zwei Jahrhunderten hat sich kein Papst mehr freiwillig auf Reisen außerhalb Italiens begeben; Palästina, dem Ursprungsland des Christentums, hatte überhaupt noch kein Nachfolger des Apostels Petrus einen Besuch abgestattet. Eine solche Reise war etwas einmaliges in der zweitausendjährigen Geschichte des Papsttums, und es ließ sich nicht verhindern, daß sich um diese Wallfahrt an die Stätten des Wirkens und Leidens Jesu zahllose Spekulationen knüpften. Der Vatikan hat alle diese Mutmaßungen und Hypothesen zurückgewiesen. In seiner Weihnachtsbotschaft betonte der Papst, es seien religiöse Gründe gewesen, die ihn zu seinem Entschluß bewogen hätten; er werde als einfacher Pilger ins Heilige Land fahren.

Die Pilgerfahrt des Papstes wurde zu einer eindrucklichen Konfrontation der römisch-katholischen Kirche mit der griechisch-orthodoxen. Zum ersten Male seit sich auf dem Konzil von Florenz im Jahre 1439 die ranghöchsten Vertreter der westlichen und der östlichen Kirche begegnet waren, trafen am 5. Januar 1964 auf dem Ölberg in Jerusalem wiederum ein Papst und ein Patriarch von Konstantinopel zusammen. Das jahrhundertelange Schweigen wurde gebrochen.

Man darf die Bedeutung dieses Vorganges, so unauffällig seine unmittelbaren Folgen auch waren, nicht gering einschätzen. Aber jeder Augenzeuge des Papstbesuches konnte miterleben, daß — bei aller Wahrung der äußeren Formen — es kein Gespräch zwischen gleichen Partnern war. Paul VI. konnte in Jerusalem als der anerkannte Oberhirte einer Weltkirche auftreten, die unerschütterlich an ihrem Primat festhält. In sei-

ner Rede in der Geburtskirche in Bethlehem hat der Papst diesen Primat in nachdrücklicher Weise unterstrichen. Die Vertreter der griechisch-orthodoxen Kirche, die ihm gegenüberstanden, mochten analoge Primatansprüche erheben wie er selbst. Sie mochten wie Benedictos von Jerusalem ihre Traditionen weiter zurückzuführen als die christliche Tradition Roms. Aber es fehlte ihnen der anerkannte legitime Sprecher; Athenagoras von Konstantinopel war in der Reihe der orthodoxen Patriarchen nicht einmal ein «Primus inter pares». Der östliche Pluralismus zeigte sich dem westlichen Zentralismus unterlegen: einer östlichen Kirche, die in ihren Formen seit Jahrhunderten erstarrt ist, trat die westliche entgegen, getragen von einem geschmeidigeren und dem Rhythmus der Zeit angeglichenen lebendigen Konservativismus. Papst Pauls Versuch, den Kontakt mit der Ostkirche gerade an einem Brennpunkt ihres Wirkungsbereichs zu suchen — an der Geburtsstätte des Christentums —, war in mancher Hinsicht ein kühnes Wagnis. Noch sind die weitreichenden Folgen dieser päpstlichen Pilgerfahrt nicht abzumessen; es dürfte aber heute schon feststehen, daß sie für die katholische Seite ein verheißungsvoller Auftakt zu einem ökumenischen Gespräch war.

Arabische Gipfelkonferenz

Die Fahrt Pauls VI. nach Palästina hatte schon bei ihrer Ankündigung eine Flut von Kommentaren über eine angebliche Vermittlungsaktion des Vatikans zwischen Israel und den arabischen Staaten ausgelöst. Die Unwahrscheinlichkeit solcher Spekulationen hat sich im Verlauf der Reise bestätigt. Der Papst vermied jede Geste, die als politische Andeutung hätte ausgelegt werden können, sowohl während seines Aufenthaltes in Israel wie in Jordanien.

Ganz abgesehen von grundsätzlichen Überlegungen über die Opportunität einer solchen Intervention des Vatikans mußte auch der Zeitpunkt für eine Vermittlung im Palästina-Konflikt denkbar ungünstig erscheinen. Während des Papstbesuches lief in den arabischen Staaten die *antiisraelitische Propaganda* auf Hochtouren; selbst in Jordanien, wo üblicherweise größere Zurückhaltung geübt wird, hatten sich diesmal die Schleusen für die judenfeindliche Publizistik weit geöffnet. Anlaß zu dieser Intensivierung einer seit 1948 geführten Kampagne war das von Israel in letzter Zeit energisch vorangetriebene Projekt der Ableitung des Jordanwassers nach der Wüste *Negev*, wo in den kommenden Jahren Neuland für rund zwei Millionen jüdische Einwanderer erschlossen werden soll.

Die arabischen Staaten haben diesem Projekt Opposition gemacht, seit es bekannt wurde; sie haben einen amerikanischen Vermittlungsvorschlag, den «Johnston-Plan», der eine gemeinsame Regelung der Jordanwasserfrage durch Israel und die anliegenden arabischen Staaten vorsah, abgelehnt.

Das israelische Projekt der Ableitung des Jordanwassers war auch äußerer Anlaß zu der auf den 13. Januar nach Kairo einberufenen arabischen Gipfelkonferenz, auf der die Könige und Präsidenten der untereinander verfeindeten Länder erschienen, um gemeinsam gegen Israel zu demonstrieren. Das wortreiche Schlußcommuniqué dieser Gespräche auf höchster Ebene kann nicht verbergen, daß die Ergebnisse der Konferenz nur dürftig sind. Nasser, der das Treffen vor allem zu einem persönlichen propagandistischen Erfolg ausgestalten wollte, hatte schon Ende Dezember in einer Rede in Port Said die Erwartungen auf ein kriegerisches Vorgehen der arabischen Staaten geschickt gedämpft. In einer taktischen Wendung hatte er zudem seinen von den übrigen arabischen Ländern mit Mißtrauen und Sorge betrachteten «arabischen Sozialismus» zugunsten der arabischen Einheitsfront gegen Israel zurückgestellt, was ihm in den andern arabischen Staaten, soweit man bereit ist, Nassers Versicherungen zum Nennwert zu nehmen, einige Sympathien eingetragen haben dürfte.

Brandherd Cypern

Über die Weihnachtstage brach in Cypern die lange angestaute Unzufriedenheit über die Verträge von London und Zürich aus, die das Zusammenleben zwischen Griechen und türkischer Minderheit regeln. Die Türken sind in diesen Abkommen eindeutig privilegiert; sie besitzen in der Beamten-schaft eine proportional höhere Vertretung als ihnen nach ihrem Bevölkerungsanteil zustehen würde; der türkische Vizepräsident hat ein stark ausgebautes und intensiv benütztes *Vetorecht* gegen ihm mißliebige Maßnahmen der Regierung. Seit einiger Zeit beabsichtigt Präsident Makarios, die Verfassung zu ändern, weil sie seiner Auffassung nach ein geordnetes Funktionieren des staatlichen Lebens praktisch verunmöglicht. Kurz vor Weihnachten kam es deshalb zu Demonstrationen der türkischen Minderheit gegen diese Pläne Makarios'; die Kundgebungen arteten schließlich in blutige Zwischenfälle aus, die der Türkei, die zusammen mit Großbritannien und Griechenland Garantiemacht des Cypernvertrages ist, Anlaß zur Intervention bot. Die beiden andern Garantiemächte waren damit gezwungen, ebenfalls einzugreifen; Griechenland tat es nur zögernd, da ihm nichts daran gelegen sein konnte, die Cypernfrage hochzuspielen, während es gerade an einer schweren Regierungskrise herumlaborierte.

Großbritannien stellte durch seine Truppen die Ruhe auf der strategisch wichtigen Mittelmeerinsel wieder her. Als bekannt wurde, daß türkische Flotteneinheiten sich gegen Cypern in Bewegung setzten — eine Meldung, die später dementiert wurde —, versammelte sich in New York der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; auf Wunsch der Garantiemächte wurde schließlich die Entsendung eines UN-Beobachters, des Inders *Gyani*, beschlossen. Gleichzeitig flog Commonwealthminister Duncan Sandys nach Cypern, um die Lage an Ort und Stelle zu überprüfen.

Der britischen Diplomatie gelang es, die interessierten Teile zu einer *neuen Cypernkonferenz* zu versammeln, die am 15. Januar in London zusammentrat. Die Konferenz ist

um ihre Aufgabe nicht zu beneiden, und es steht zu befürchten, daß sie schließlich als Rezept eine Teilung der Insel befürworten wird —, eine Regelung, die einige Präzedenzfälle besitzt, die kaum zur Nachahmung anregen.

Erhards Besuch bei Johnson

Bundeskanzler Erhards Besuch beim amerikanischen Präsidenten in Texas spielte sich in Formen ab, die in der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen einmalig waren. Es war eine *rustikale Fête* auf der Ranch Johnsons und in den benachbarten Ortschaften, in denen noch zahlreiche Nachkommen von Deutschen wohnen, die nach der Revolution von 1848 nach den USA ausgewandert waren. Hinter dieser demonstrativen Kulisse amerikanisch-deutscher Intimität wickelten sich die Gespräche ab, deren wichtigstes Ergebnis eine erneute Verstärkung der engen Zusammenarbeit zwischen Bonn und Washington ist. Der positive Ausgang des Treffens Erhards mit Johnson überrascht nicht, denn die Interessen der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland stimmen im gegenwärtigen Augenblick sowohl in den die NATO betreffenden Fragen wie in der Europapolitik weitgehend überein, und es schien von vornherein so gut wie ausgeschlossen, daß auf der FBJ-Ranch irgendwelche Mißklänge aufkommen würden. Die gemeinsamen Auffassungen fanden denn auch ihren Niederschlag in dem Communiqué, in welchem Erhard erneut die amerikanische Garantie für Berlin erhielt und beide Partner ihre gemeinsame Verpflichtung für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands bestätigten, wobei neue Initiativen im Gespräch mit dem Osten angekündigt werden.

Bonns Verhältnis zu Frankreich

Die demonstrative Bekräftigung der engen Anlehnung an die USA, die Intensivierung der Beziehungen mit Großbritannien, die Erhard durch seinen zweitägigen Besuch

beim britischen Premierminister *Douglas-Home* andeutete, lassen die Frage auftauchen, wie es denn um die Beziehungen Bonns mit Paris stehe. In diesen Tagen jährt sich zum ersten Male der Tag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages, und es scheint, daß die kurze Frist von zwölf Monaten bereits genügt hat, aus diesem Instrument gegenseitiger Zusammenarbeit ein totes Paragraphenwerk zu machen. Man geht nicht zu weit, wenn man von einer *Abkühlung* der gegenseitigen Beziehungen spricht. In Brüssel sind in der letzten Phase der Agrarverhandlungen im Rahmen der EWG die Interessen Deutschlands und Frankreichs öffentlich und in nur schlecht verhüllter Form aufeinandergeprallt. In Amerika haben Erhard und Johnson gegenseitige Konsultationen zwischen deutschen und amerikanischen Instanzen vereinbart, die nahe an die analogen Abmachungen des Elyséevertrages herankommen. Erhard hat zwar erklärt, er sei weder von de Gaulle im November noch von Johnson im Dezember vor die Alternative Amerika — Frankreich gestellt worden. Daran ist bestimmt nicht zu zweifeln; aber ebensowenig daran, daß es in den letzten drei Monaten deutliche Änderungen in den Beziehungen der Partner der westlichen Allianz gegeben hat, die nicht mehr nur den Charakter von *Nuancenverschiebungen* aufweisen.

Für die Bundesregierung mag im Augenblick die direkte Verbindung mit Washington als vorteilhaft erscheinen. Aber die ganze Entwicklung in der Nachkriegszeit hat gezeigt, daß die Bundesrepublik mit ihrer Politik, zwischen die Vereinigten Staaten und sich selbst als Mittler Frankreich einzuschalten, gut gefahren ist. Ein deutscher Kommentator, Paul Wilhelm Wenger, warnte kürzlich davor, auf die bewährte Praxis zu verzichten, überall dort Frankreich als europäischen Sprecher für Deutschland auftreten zu lassen, wo der Schatten Hitlers Deutschland daran hindere, für sich selbst zu sprechen. Wenger schreibt: «Wer sich über Deutschlands jüngere Geschichte Rechenschaft gibt, wird nie vergessen, daß Amerika zweimal — 1917 und 1941 — für Frankreich gegen Deutschland in den Krieg eingetreten

ist und daß — weil Hitler Paris, aber nicht London erobert hat — nur Frankreich uns in die westliche Gemeinschaft zurückführen konnte. Ohne Frankreichs Initiative in der Montanunion wären wir 1955 nicht in die NATO aufgenommen worden; ohne de Gaulles Besuch wäre es nicht zur Deutschlandreise Kennedys gekommen. Kurzum: mit der Steubenparade in New York kann man Lafayette nicht schlagen, und wer sein

Verhältnis mit Paris unterkühlt, verliert auch in Washington seinen Kredit.» (Rheinischer Merkur, Nr. 52, 27. Dezember 1963, S. 2.) Das ist zwar zugespitzt formuliert, aber es deutet die Gefahren an, in die sich die deutsche Politik begibt, wenn sie das gute Verhältnis zu Frankreich, das in mühsamer Kleinarbeit geschaffen wurde, vernachlässigt.

Fabius

WESTBERLIN AN DER WEGSCHEIDE

Die bisherigen festen Fronten der deutschen Politik in Berlin, die die ganze Nachkriegsgeschichte dieser Stadt kennzeichneten, sind an der Jahreswende 1963/64 in Bewegung geraten. Ein scheinbar harmloses Übereinkommen mit den kommunistischen Behörden des abgetrennten Ostsektors über einen zeitlich begrenzten und von bestimmten Bedingungen limitierten Besuch der Westberliner bei ihren Verwandten im Ostteil der Stadt ist zu einem Politikum ersten Grades geworden. Wenn man den 17. Juni 1953 als einen Höhepunkt im antikommunistischen Widerstand betrachtet, wird man wahrscheinlich eines Tages den 17. Dezember 1963 als ein ebenfalls historisches Datum ansehen, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen, nämlich als einen Zeitpunkt, von dem an die Festigkeit sich in eine Kompromißbereitschaft umzuwandeln begann.

Dieses Ereignis, das zum Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen innerhalb der Berliner und darüber hinaus der westdeutschen Öffentlichkeit geworden ist, wird von den Befürwortern solcher Vereinbarungen als rein humanitärer Akt und eine Abmachung von lediglich lokaler Bedeutung ausgelegt. Beides stimmt nur zum Teil und geht am Wesen des Problems vorbei. Denn *Berlin*, das seit Jahren im *Mittelpunkt des Ost-West-Konfliktes* steht, ist keine lokale Frage. Hier überschneiden sich die großen Linien der Weltpolitik, von hier aus wird um die Zukunft Deutschlands und vielleicht Europas gerungen, und alle Schwankungen, die sich im Kräfteverhältnis zwischen dem Potential

der Westmächte einerseits und des kommunistischen Ostens andererseits bemerkbar machen, erzeugen automatisch Rückwirkungen in den anderen geographischen Räumen und in den anderen Sphären des weltweiten Geschehens.

Geschicktes Handeln des Ostens

Die kommunistische Seite hat den Vorstoß in der Passierscheinfrage diesmal geschickter unternommen als ähnliche, früher beobachtete Proben. Es gelang ihr nämlich, dank der knapp bemessenen Zeit vor Weihnachten den Senat Westberlins in Gewissenskonflikte und unter den Zeitdruck zu zwingen. Durch die starke Betonung der konzilianten Haltung in den menschlichen Angelegenheiten, haben sich die Nichtkommunisten aus dem Schöneberger Rathaus von Anfang an in eine unbequeme Lage hineinmanövrieren lassen. Indem sie von vornherein die humanitäre Seite der Verhandlungen mit den Kommunisten in den Vordergrund stellten, sind sie sozusagen Gefangene der selbst angenommenen Taktik geworden, und sie konnten nicht mehr aus diesem Zauberkreis ausbrechen. Das um so weniger, als die kommunistische Seite, gemessen an dem was man von ihr bisher wußte und erwarten konnte, in den Detailfragen den Anschein der Nachgiebigkeit erweckte, und als es dann darum ging, die Vereinbarung über den Besuchsverkehr unter Dach und Fach zu bringen, sich plötzlich in formaljuristischen Fragen versteifte. Dadurch wurde kurz vor dem

17. Dezember ein kritischer Punkt erreicht, und der Westberliner Senat stand vor dem Dilemma: sollten nunmehr die Hoffnungen der Hunderttausende, die sich auf das Wiedersehen mit ihren Verwandten freuten, enttäuscht werden? Man entschloß sich, das Risiko einer bedenklichen Regelung, unter Anwendung völkerrechtlicher Ausreden, einzugehen und schloß eine Vereinbarung mit dem Vertreter der bisher verpönten Regierung der DDR.

Der bereits erwähnte Zeitdruck und die sentimentale Überbetonung der humanitären Seite des kommunistischen Angebots haben dazu geführt, daß man die bisher einzig akzeptable Basis der Treuhandstelle für den Interzonenhandel fallen ließ und den Pankower Behörden die Möglichkeit gab, vom Durchbruch der bisherigen Nichtanerkennungstheorie zu reden. Hinzu kam noch ein Umstand, der außerhalb der juristischen Feinheiten lag, aber zur Differenzierung der politischen Meinung in Westberlin und zu Spaltungstendenzen in der bisher geschlossenen Front bei der Abwehr des Kommunismus beitrug. Der Senat hat nämlich zum erstenmal den Weg der Geheimnistuerei und einer Geringschätzung der öffentlichen Meinung betreten, der sich dann als sehr bedenklich erwies. Die mangelhafte Orientierung von Presse, Rundfunk und Fernsehen, ferner die Tendenz, gewichtige Einzelheiten über den Verlauf der Verhandlungen und das Zustandekommen der Vereinbarungen den Vertretern dieser Massenmedien vorzuenthalten, schuf hier einen Konflikt zwischen der Obrigkeit und den Organen der öffentlichen Meinung. Dieser Konflikt ist auch nach dem Ablauf der Passierscheinaktion nicht behoben, und es fehlt wohl den verantwortlichen Politikern an Intuition und Fingerspitzengefühl, um die Schwere und die Folgen einer solchen Krise in ihrem ganzen Umfang zu erfassen. Das mag im Augenblick nicht gravierend sein, aber es kann sich in anderen Situationen rächen, denn so wie man die Entwicklung hier beobachtet, wird die an der Jahresschwelle entstandene Kluft zwischen zwei Säulen, auf denen bisher die bewunderungswerte Kraft Westberlins ruhte, nicht so leicht zu überbrücken sein.

Quellen und Ursachen

Es ist nicht einfach und schon gar nicht leicht, sämtliche Faktoren, die zu einer solchen Schwenkung in Westberlin führten, schön säuberlich auseinanderzuhalten und sie genauestens zu analysieren. Die vorhin erwähnte Tendenz, wichtige Elemente des Geschehens als höchstes Staatsgeheimnis zu behandeln, hindert den Chronisten an einer einwandfreien Sezierung der Motive und Folgen. Sicherlich spielt der Ehrgeiz vieler Persönlichkeiten, die sich in dem Spielraum der ihnen früher von Adenauer und seiner Equipe einerseits und von den alliierten Regierungen andererseits genau abgesteckt wurde, bewegen mußten, eine große Rolle dabei. Sie nützten rasch und wie es scheint nicht ganz ohne Anwendung von Tricks den noch nicht ganz eingespielten Machtwechsel auf der Bonner Bühne aus. Auch die besonderen Umstände, die durch den Tod und das Staatsbegräbnis von Bundespräsident Heuß entstanden waren, scheinen den Befürwortern des raschen Handelns im Schöneberger Rathaus in Westberlin gewissermaßen nicht ganz ungelegen gekommen zu sein. Hier denkt man unweigerlich an verschiedene Begebenheiten aus der politischen Geschichte, und man ist geneigt, sogar an solche Vorgänge in der deutschen Vergangenheit zu denken, wie an die berühmte Emser-Depesche...

Damit ist natürlich noch keine Klärung gegeben worden, denn es sind noch psychologische Probleme, die man als Rückwirkungen des 13. August 1961, das heißt der Errichtung der Mauer und des Versagens der Westmächte an jenem fatalen Sonntag, betrachten muß. Die erste Reaktion der Deutschen auf diese monströse und brutale Wand, die man inmitten der Stadt baute, war Haß, Protest, Beleidigung. Aber parallel damit und im Laufe der Zeit begannen auch die Ressentiments gegenüber den Alliierten zu wachsen, und hie und da verbreitete sich das Gefühl der Ohnmacht gegenüber diesem Denkmal der Gewalt und Schändung der menschlichen Würde. Einen gewissen Einfluß zeigten natürlich auch Ansichten, die zum Beispiel von Publizisten wie *Sebastian*

Haffner in Massenpublikationen vertreten werden. Dieser Journalist, der diese psychologischen Wandlungen am besten personifiziert und nach dem 13. August 1961 zum aktiven Widerstand anfeuerte, ruft seit Monaten zum Ausgleich mit Ulbricht auf.

Aber auch die ganze Bewegung in den beiden Bündnissystemen, wie etwa die Ideen de Gaulles vom «Europa der Vaterländer», die Stagnation im Einigungsprozeß der westeuropäischen Staaten und innerhalb der NATO haben die Entwicklung in Berlin mitbeeinflusst. Bis zu einem gewissen Grade scheint diese Bewegung, die man mit dem Passierscheinabkommen in die Wege geleitet hat, ein Spätzünder jener Rede Kennedys zu sein, die er Anfang Juni 1962 in Amerika hielt, und in der er eine Vision seiner Vorstellungen über die Wandlungen des Ost-West-Verhältnisses gab. Der Unterschied ist aber der, daß hinter Kennedy das gesamte Potential der Weltmacht der USA stand, während hinter einem ähnlich gearteten Versuch des Schöneberger Rathauses keine eigene Macht stehen kann, sondern nur die Schutzgarantien der drei Westmächte.

Einige Zukunftsaspekte

Die durch die Westmächte garantierte Sicherheit der Stadt ist durch die getroffenen Vereinbarungen zwischen dem Senat und der Regierung der DDR in direkter Weise nicht beeinträchtigt worden. Nach wie vor sind die Alliierten für das Fortbestehen der Freiheit in dieser Stadt verantwortlich, und es gibt nicht die geringsten Symptome dafür, daß sie auf diese Verantwortung verzichten möchten. Sicherlich werden sie auch eine weitere Entwicklung des nunmehr begonnenen neuen Geschehens sorgfältig beobachten, um nicht vor Situationen gestellt zu

werden, die sie durch ihre Passivität in eine Lage versetzen würden, welche ihre Zuständigkeit beeinträchtigen könnten. Mit anderen Worten, die drei Westmächte und ihre Organe in Westberlin müssen und werden auch aufpassen, daß auf den Umwegen über die Gespräche zwischen den Deutschen nicht eine Vorstufe zur Freistadt Westberlin entsteht.

Man fragt sich aber, wie sich dieser erste Schritt zur Verwirklichung der kommunistischen Parole «Deutsche an einen Tisch» auf die Gestaltung der politischen Prozesse, auf die Wandlung der öffentlichen Meinung und auf Vorbereitungen zu den Bundestagswahlen im Jahre 1965 auswirken wird. Man kann nicht verkennen, daß das Abkommen vom 17. Dezember 1963 Tendenzen freigelegt hat, die die Lust am Experimentieren mit eigenständigen deutschen Plänen und Ideen eines gesamtdeutschen Arrangements mit dem SED-Regime jenseits der Mauer und darüber hinaus mit dem Kreml entfachen können.

Die in Bewegung geratene Politik kann auch dazu führen, daß in Deutschland neue Streitigkeiten darüber ausbrechen werden, wer ein besseres Konzept für die Wiedervereinigung des Landes hat. So wie in den osteuropäischen Ländern sich auch unter Nichtkommunisten progressive Kräfte nach dem Jalta-Abkommen rührten und aus Enttäuschung über die Ohnmacht des Westens oder aus Überschätzung der eigenen Kräfte ein Spiel mit den Kommunisten aufnahmen, und zwar im naiven Glauben, sie würden die Anhänger des roten Totalitarismus überspielen, weil die breiten Kreise der Öffentlichkeit antikommunistisch seien, könnte auch in Deutschland, fast zwei Jahrzehnte später, eine ähnliche Epidemie ausbrechen, deren Epilog wahrscheinlich nicht besser enden könnte.

Alexander Korab

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Fünfzig Jahre Neue Helvetische Gesellschaft

Am ersten Februarwochenende feiert die Neue Helvetische Gesellschaft ihr fünfzig-

jähriges Bestehen. Ein Staatswesen wie das schweizerische, das entscheidend durch den

politischen Willen seiner Bürger zusammengehalten wird, lebt wesentlich von der Kraft der Selbstkritik und Selbstbesinnung, die einer echten Leidenschaft zum Staate entspringen muß. Unter den vielfältigen Organisationen, die sich in den letzten zweihundert Jahren in diese Aufgabe des permanenten helvetischen Gesprächs geteilt haben, nehmen die NHG und ihre Vorläuferin, die Helvetische Gesellschaft, eine besondere Stellung ein.

Die «Glückseligkeit des Vaterlandes»

1758, drei Jahre vor der Gründung der Helvetischen Gesellschaft, erschien von Urs Balthasar eine Schrift unter dem Titel «Patriotischer Traum eines Eidgenossen von einem Mittel, die veraltete Eidgenossenschaft wieder zu verjüngen». Die Männer, die sich in der Folge regelmäßig in Schinznach und später in Olten oder Aarau zu regem Gespräch einfanden, träumten diesen Traum. Staatsmänner und Exponenten des Geisteslebens besprachen die drängenden Probleme der Zeit und berieten darüber, wie «die Glückseligkeit des gemeinsamen Vaterlandes gefördert werden» könne. Sie vermochten zwar das Schicksal nicht mehr zu wenden. Aber nach dem Untergang der alten Eidgenossenschaft wurde die Helvetische Gesellschaft aufs neue zum Sammelpunkt jener, die für eine zeitgemäße Erneuerung des Staates eintraten. Mit der Gründung des Bundesstaates war ihr Hauptziel in der Folge erreicht. Ihre innere Existenzberechtigung fiel dahin. So stellte sie 1858 ihre Arbeit ein.

Schweizer Standpunkte

Als indessen im Vorfeld des Ersten Weltkrieges der Graben zwischen der deutschen und der französischen Schweiz immer breiter wurde, erinnerten sich einige Welsche der Idee der Helvetischen Gesellschaft: ein überparteiliches und überkonfessionelles Forum eidgenössischer Selbstbesinnung zu bilden. Am 1. Februar 1914 gründeten sie die Neue

Helvetische Gesellschaft, die rasch eine fruchtbare Tätigkeit entfaltete. In ihrem Schoß hielt Carl Spitteler seine berühmte Rede «Unser Schweizer Standpunkt». 1915 veranstaltete und publizierte die NHG Max Hubers Vortrag «Der schweizerische Staatsgedanke». Später forderte sie Fritz Fleiner auf, über Föderalismus und Zentralismus zu sprechen. Im Kreise der Gesellschaft wurde auch die Idee der «Schweizer Woche» geboren. So setzte sie immer wieder wesentliche Akzente im eidgenössischen Dialog. Als Beispiel aus jüngster Zeit sei Bundesrat Wahlen's Rede über «Hochkonjunktur und Menschenwürde» genannt. Besondere Erwähnung verdient außerdem ihr regelmäßig erscheinendes Jahrbuch «Die Schweiz». 1963 wurde es in den Dienst einer außenpolitischen Goodwill-Aktion gestellt. Im Hinblick darauf, daß es in der gegenwärtigen Phase der integrationspolitischen Entwicklung von großer Bedeutung ist, die Umwelt in sachlicher Weise über den schweizerischen Standpunkt und seine historischen und staatspolitischen Hintergründe zu orientieren, wurde in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Politischen Departement und unter Mitwirkung sachkundiger Autoren ein repräsentatives Sammelwerk geschaffen, das in fünf Sprachen erschien und im Ausland in großer Auflage Verbreitung fand.

Möglichkeiten und Grenzen des helvetischen Gesprächs

Das moralische Gewicht einer Organisation wie der NHG beruht auf ihrer Überparteilichkeit. Das macht ihre Attraktivität als Forum aus. Darin liegt aber auch ihre Schwäche als Instrument praktischen Handelns. So leicht es meist ist, für die Verteidigung partikularer Interessen finanzielle Unterstützung zu finden, so schwer ist es für ein solches Gremium, auch nur das allernötigste Betriebskapital aufzubringen. Die daraus resultierende Notwendigkeit zur Selbstbeschränkung auf kopfklärende geistige Arbeit schließt naturgemäß die Gefahr in sich, daß das Forum zum esoterischen Debatteklub zu werden droht. Das Problem

der praktischen Umsetzung des erarbeiteten Gedankenguts stellt sich um so schärfer, als heute die Elite der politischen und wirtschaftlichen Führer für Diskussionen in Muße kaum noch Zeit aufbringt. Selbst die Prominenz der Wissenschaft nehmen immer mehr das Wesen von Managern an, die von Veranstaltung zu Veranstaltung reisen, um dort ihre Monologe zu halten, ohne sich auf wirkliche Dialoge einzulassen.

Die Schwierigkeit, in ständiger enger Tuchfühlung mit den verantwortlichen Praktikern zu bleiben und so eine unmittelbare Wirkung zu erzielen, hat noch eine weitere problematische Folge. Der gegenwärtige Zentralpräsident, Théo Chopard, hat einmal das Wort geprägt, die NHG sei eine Gesellschaft der angebissenen Äpfel. Er hatte dabei die oft kritisierte Erscheinung im Auge, daß sie in der Luft liegende Themen im Rahmen von unverbindlichen Aussprachen aufgreift, ohne ihnen systematischer auf den Grund zu gehen.

Ist die NHG noch aktuell?

Alle diese Gefahren sind sozusagen strukturell bedingt. Sie lassen sich in Gremien, die nicht die unmittelbare Lösung praktischer Probleme, sondern das Bewußtmachen des allgemeineren Rahmens und Interesses zur Aufgabe haben, kaum vermeiden. Wenn die NHG ihren selbstgewählten Auftrag erfüllen und aktuell bleiben will, so wird sie sich darum bemühen müssen, diese natürliche Spannung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Reflexion und tätigem Wirken immer wieder für das Gemeinwesen fruchtbar zu machen. Ihre Aktualität hängt indessen nicht nur von ihr selbst und ihren Methoden ab. Sie hängt auch davon ab, ob die Öffentlichkeit gewillt ist, das Forum auszunützen, was wiederum wesentlich dadurch bedingt ist, ob es überhaupt einem Zeitbedürfnis entspricht. Die Helvetische Gesellschaft hatte 1858, wie erwähnt, die Tätigkeit im Bewußtsein eingestellt, überflüssig geworden zu sein.

Die Frage ist heute rasch beantwortet. Im Gründungsmanifest von 1914 steht unter anderem zu lesen: «Zweck der Gesellschaft

ist, nach besten Kräften dahin zu wirken, das nationale Erbgut zu wahren, den vaterländischen Gedanken zu stärken und der Schweiz eine würdige Zukunft zu sichern: Sie soll darnach trachten, den selbstlosen Sinn für die allgemeine Wohlfahrt des Landes zu heben, unter Wahrung der Eigenart jedes Landesteils. Die Hauptpunkte ihres gegenwärtigen Programmes sind: die nationale Erziehung zu fördern, das öffentliche Gewissen im Kampfe gegen das Eindringen eines ausschließlichen Materialismus zu schärfen, engere Beziehungen der Angehörigen verschiedener Landesteile und der Schweizer im Auslande unter sich und mit der Heimat zu pflegen.»

Bewährungsprobe des Föderalismus

Dieses Programm ist aktuell geblieben, und es bedarf aus dem Bewußtsein um die Sorgen der Gegenwart heraus lediglich da und dort der Ergänzung. Unser Erziehungssystem geht einer Krise entgegen. Sie wird nur bewältigt werden können, wenn «der Sinn für die allgemeine Wohlfahrt» entsprechend gestärkt wird. Dabei stößt man hier wie anderswo auf das Problem, ob unsere föderalistische Struktur den kommenden Aufgaben ohne Modifizierung gewachsen sein werde. Der Föderalismus geht auch in anderer Beziehung einer Belastungsprobe entgegen. Zwar ist, abgesehen von der Jurafrage, heute kein Anlaß, von einem offenen Graben zwischen Deutsch und Welsch zu sprechen. In Tat und Wahrheit ist es indessen ohne Zweifel so, daß sich das Gefühl jener «Einheit in der Vielheit», das den Föderalismus ausmacht, vor allem auf welscher Seite in manchen Kreisen abgeschwächt hat. Man läuft Gefahr, sich in Gleichgültigkeit und Nonchalance gründlich auseinanderzuleben.

Die Jurafrage ist dazu angetan, diesen schleichenden Prozeß in einen akuten zu verwandeln. Das Problem ist im übrigen ein drastisches Beispiel dafür, daß objektive Tatbestände und subjektive politische Haltung und Einstellung keineswegs immer kongruent sein müssen. Im kürzlich erschienenen Rechenschaftsbericht der Berner Re-

gierung heißt es, daß keine andere sprachliche Minderheit in der Schweiz so entgegenkommend behandelt werde wie jene des Berner Juras. Bei näherer Überprüfung muß man zugeben, daß diese Feststellung den Tatsachen entspricht. Trotzdem ist eine Kampagne im Gange, die eine Atmosphäre des Hasses, ja des Terrors geschaffen hat. Ressentiments, der persönliche Ehrgeiz einzelner Anführer, zweifelhafte ausländische Vorbilder und antiquiert anmutende Kulturkampftheorien haben zu dieser Entwicklung beigetragen. So droht die Jurafrage zu einem eigentlichen Pfahl im Fleisch der Eidgenossenschaft zu werden, der auch im Ausland immer mehr Beachtung findet. Die NHG hat traditionsgemäß ihre guten Dienste angeboten. Sie bemüht sich zunächst um eine Entspannung des Klimas, um die Kontroverse auf einen sachlicheren Boden zu stellen. Nach sehr harzigem Anfang bot eine Aussprache der verschiedenen Richtungen und Interessengruppen, die anfangs Januar unter dem Patronat der NHG in Biel stattfand, wenigstens einige Lichtblicke in dieser Richtung.

Wider den ausschließlichen Materialismus

Auch die im Programm von 1914 angeführte Notwendigkeit des Kampfes «gegen das Eindringen eines ausschließlichen Materialismus» besteht heute mehr denn je. Dabei steht weniger der legendäre schweizerische «Holzboden für die Kultur» zur Diskussion — es wird in unserer Zeit doch recht viel getan für das kulturelle Leben —, als vielmehr der Tatbestand, daß die dynamische Expansion der Wirtschaft fast unvermerkt einen entscheidenden Teil jenes Erbes untergräbt und zerstört, das nicht nur biologisch gesehen, sondern auch unter dem Aspekt des Heimatgefühls von großer Bedeutung ist: unsere unverwechselbare Landschaft. Hier fällt das gegenseitige Abstimmen von Gemeinwohl und lokalem oder privatem Interesse besonders schwer. Im allgemeinen ist jedermann für Landschaftsschutz. Im Einzelfall aber gibt es immer gewichtige Argumente für die Verletzung oder Umgehung

seiner Grundsätze. Hier ist es besonders wichtig, daß das helvetische Gespräch noch intensiviert und konkreteren Lösungen entgegengeführt wird.

Fatalismus ist keine Lösung

Ein Problem, das uns heute besonders hart bedrängt, machte den NHG-Gründern von 1914 wesentlich weniger Sorgen: die schlechende Katastrophe unserer Verkehrsnot. Man denkt dabei spontan an verstopfte Straßen und fehlende Parkplätze, die heute sogar in Gebirgskurorten zum Alltag gehören. An die menschliche Seite, an den Tatbestand, daß im Verkehr unseres Landes jährlich 1400 Menschen ums Leben kommen und über 33 000 verletzt werden, aber denkt die Öffentlichkeit kaum mehr. Der Zürcher Gesundheitsdirektor, Regierungsrat Bürgi, gab kürzlich zu Recht seinem Erstaunen darüber Ausdruck, «wie gelassen unser Volk den Verkehrstod hinnimmt». Es hat ihn sozusagen in seinen Seelenhaushalt integriert. Dieser Fatalismus ist gefährlich. Er ist aber auch deplaciert. Wir sind keineswegs machtlos dagegen. Es ist, wie Regierungsrat Bürgi betonte, zu einem wesentlichen Teil eine Frage der Verkehrsaufsicht. Der dichtere Einsatz von Polizeipatrouillen und eine rigore Bußenpraxis würden schon einige Abhilfe schaffen. Und wenn zum Beispiel die Kirchen vermehrt aus ihrer Reserve heraustreten und ihre moralische Autorität auch in der Verkehrserziehung einsetzen würden, so wäre dies zweifellos von entscheidendem Nutzen.

Probleme wie der Verkehrstod entstehen allmählich, sozusagen beiläufig. Sie wachsen sich unvermerkt zu eigentlichen Notständen aus. Das ist charakteristisch für unsere Zeit. Viele Krisensituationen entstehen auf diese beiläufige Art. Das macht das zeitkritische Wächteramt wesentlich schwieriger. Und es ist auch schwerer, die Öffentlichkeit unter solchen unsensationellen Umständen zu Taten aufzurütteln als bei akuten Notständen mit dramatischer Entstehungsgeschichte. Die getreue Ausübung dieses Amtes aber wird dadurch nur um so dringlicher.

Spectator